

# Meister & Partner

Anwaltskanzlei

Anwaltskanzlei, Industriestraße 31, 45899 Gelsenkirchen

Verwaltungsgericht Gelsenkirchen  
Bahnhofsvorplatz 3  
45879 Gelsenkirchen

**Roland Meister** Rechtsanwalt  
Strafrecht, Asyl- und Aufenthaltsrecht

**Frank Stierlin** Rechtsanwalt  
Arbeitsrecht, Allgemeines Zivilrecht

**Frank Jasenski** Rechtsanwalt  
Strafrecht, Asyl- und Aufenthaltsrecht

**Peter Weispfenning** Rechtsanwalt  
Arbeitsrecht, Versammlungsrecht, Erbrecht

**Yener Sözen** Rechtsanwalt  
Strafrecht, Asyl-+ Aufenthaltsrecht  
Versammlungs-+ Vereinsrecht

**Peter Klusmann** Rechtsanwalt  
Fachanwalt für Sozialrecht  
Fachanwalt für Migrationsrecht

Industriestraße 31, 45899 Gelsenkirchen (Horst)  
Telefon: 0209/35 97 67 0 Fax: 0209/35 97 67 9  
e-mail: RAeMeisterpp@t-online.de

Bei Zahlungen und Schriftverkehr bitte angeben:

20/00049

Sach- Rechtsanwältin  
bearbeiter: Meister/Stierlin/Klusmann  
21. Februar 2020

## Klage und Antrag gemäß § 80 Abs. V VwGO

des **VermögensVerwaltungsVereins Horster-Mitte e. V.**, dieser vertreten durch die  
Vorstandsmitglieder Klaus Dumberger und Paul Straif, Schmalhorststraße 1, 45899  
Gelsenkirchen

- Kläger und Antragsteller -

Prozessbevollmächtigte:

Rechtsanwälte Meister & Partner,  
Industriestraße 31, 45899 Gelsenkirchen

g e g e n

die **Stadt Gelsenkirchen**, vertreten durch den Oberbürgermeister, Referat 63 – Bauordnung  
und Bauverwaltung / Untere Denkmalbehörde -, (dortiges Aktenzeichen: 10055-20-10),  
Rathaus Buer, Goldbergstraße 12, 45894 Gelsenkirchen

- Beklagte und Antragsgegnerin -

wegen: **Denkmalschutzrechtlicher Ordnungsverfügung und gleichzeitiger Anordnung  
der sofortigen Vollziehung**

zeigen wir unter Vorlage der Vollmachten ihrer vertretungsberechtigten Vorstandsmitglieder die anwaltliche Vertretung des Klägers und Antragstellers (im folgenden Kläger genannt) an.

Wir erheben hiermit **Klage**, mit der wir beantragen werden,

1. die Ordnungsverfügung der Beklagten vom 19.02.2020 aufzuheben,
2. der Beklagten die Kosten des Verfahrens aufzuerlegen.

Des weiteren wird im Wege des einstweiligen Rechtsschutzes gem. § 80 V VwGO beantragt,

die aufschiebende Wirkung der Klage vom heutigen Tage gegen die Ordnungsverfügung der Beklagten vom 19.02.2020 wiederherzustellen.

Es wird umgehende

#### **A k t e n e i n s i c h t**

beantragt.

Außerdem wird beantragt,

uns eine Stellungnahme der Beklagten und Antragsgegnerin (im folgenden Beklagte genannt) vor einer Entscheidung des Gerichts zuzuleiten und uns Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

Ausdrücklich wird um einen **rechtlichen Hinweis** gebeten, falls das Gericht noch die Vorlage weiterer Unterlagen für erforderlich hält.

Die Klage und der Antrag auf einstweiligen Rechtsschutz werden wie folgt **begründet**:

#### **I. Sachverhalt:**

##### **1.)**

Bei dem Gebäude „Horster Mitte“ (ehemaliges Sparkassengebäude) An der Rennbahn 2 /Schmalhorststraße 1 in 45899 Gelsenkirchen-Horst handelt es sich um ein **Baudenkmal**. Das Gebäude befindet sich auf der Denkmalliste der Stadt Gelsenkirchen. In der dortigen Eintragung heißt es hinsichtlich des Umfangs des Denkmalschutzes:

*„Der Denkmalwert beschränkt sich auf die von den jeweiligen Straßen aus sichtbaren Außenwände, auf die Kubatur und das statische Gerüst des Gebäudes.“*

In der Anlage fügen wir dazu Seite 1 der Denkmalliste Teil A der Stadt Gelsenkirchen auf dem Stand 17. Mai 2011 bei.

**Glaubhaftmachung:** Seite 1 der Denkmalliste Teil A der Stadt Gelsenkirchen, **Anlage 1**

Das Gebäude hat sowohl städtebauliche wie sozialgeschichtliche Bedeutung. Das denkmalgeschützte Gebäude wurde in den 1920iger Jahren als Rathaus der damaligen Stadt Horst errichtet. Später war es unter anderem Hauptsitz der Sparkasse Gelsenkirchen-Horst.

Nach Schließung der Sparkasse Gelsenkirchen-Horst verwahrloste der historische Gebäudekomplex in Verantwortung der Beklagten und der mit ihr verbundenen Sparkasse Gelsenkirchen zunehmend.

Demgegenüber hat der Kläger und Antragsteller seit dem Erwerb des Gebäudekomplexes erhebliche Anstrengungen und Investitionen unternommen, um den Bestand des Gebäudes und dessen Nutzung für die Zukunft zu sichern. Neben regelmäßigen Reparatur- und Instandhaltungsarbeiten wurde das Gebäude insbesondere von Grund auf energetisch optimiert durch den Einbau einer Solarstromanlage auf allen Flachdächern sowie den Einbau eines Blockheizkraftwerks.

Das gesamte Objekt, das heute als Gebäudekomplex „**Horster-Mitte**“ bekannt ist, wurde **2003** durch den Kläger erworben. Der Erwerb erfolgte über eine Maklerfirma von zwei niederländischen Geschäftsleuten.

**2.)**

Das Objekt beherbergt das moderne **Dienstleistungszentrum Horster-Mitte**. Dieser Gebäudekomplex besteht aus den Gebäuden Schmalhorststraße 1, 1 a bis 1 c, Industriestraße 31, 33/35 sowie An der Rennbahn 2 in Gelsenkirchen-Horst.

In diesem Dienstleistungszentrum Horster-Mitte befindet sich unter anderem der Sitz der

Parteizentrale der MLPD, eine Arztpraxis, eine Anwaltskanzlei, Mietwohnungen, das Jugendzentrum CHE, ein Museum mit Leihbücherei, Räume verschiedener Initiativen und Selbstorganisationen und der „Kultursaal Horster Mitte“, der einem breiten Spektrum von Nutzern, politischen Parteien, politischen und gesellschaftlichen Initiativen, Vereinen aller Art, Sportvereinen sowie privaten Nutzern z. B. für Familienfeiern wie Hochzeiten und dergl., Betriebsfeste oder Betriebsversammlungen und vieles Mehr zur Verfügung steht. Es finden Theateraufführungen und Lesungen namhafter Schriftsteller oder Schauspieler statt sowie Konzerte und Tanzveranstaltungen. Der „Kultursaal Horster Mitte“ stellt inzwischen eine Kultur- und Versammlungsstätte mit einer Bekanntheit und Bedeutung weit über Gelsenkirchen hinaus dar. Er war und ist Gegenstand mehrerer baurechtlicher Verfahren zwischen den Parteien.

Darunter befinden sich auch Veranstaltungen, die unmittelbar mit der MLPD verbunden sind und die diese in Ausübung ihrer durch Artikel 21 Abs. 1 Grundgesetz geschützten Rechte auf Teilnahme an der politischen Willensbildung als politische Partei durchführt.

Insgesamt sorgt das „Dienstleistungszentrum Horster Mitte“ für über 150 Arbeitsplätze.

### 3.)

Der **Kläger** selbst wurde im September 1998 gegründet und in das Vereinsregister des Amtsgerichts Gelsenkirchen-Buer – heute Amtsgericht Gelsenkirchen – eingetragen. Sein Vereinszweck besteht in der treuhänderischen Übernahme und Verwaltung von Immobilienvermögen, Forderungen und sonstigen vermögenswerten Rechten der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands (MLPD), da diese als politische Partei die Rechtsform eines nicht rechtsfähigen Vereins besitzt und – jedenfalls nach damaliger überwiegender Rechtsprechung – im Grundbuch nicht eintragungsfähig ist.

In § 2 der Satzung heißt es deshalb auch:

*„Zweck des Vereins ist die treuhänderische Übernahme und die treuhänderische Verwaltung von unbeweglichem Vermögen sowie von Forderungen und sonstigen vermögenswerten Rechten für die Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD), die Wahrnehmung von deren Rechten in Grundstücksangelegenheiten sowie die Übernahme und Erfüllung von Verbindlichkeiten, die sich aus der*



*treuhänderischen Vermögensübergabe und -verwaltung ergeben.“*

**Glaubhaftmachung:** Satzung des Klägers, **Anlage 2**

Die MLPD ist eine **politische Partei** im Sinne des Parteiengesetzes. Die Parteieigenschaft der MLPD wurde zuletzt bei der Bundestagswahl 2017 auf der Sitzung des Bundeswahlausschusses am 03. August 2017 bestätigt sowie durch den Landeswahlausschuss Thüringen anlässlich der Landtagswahl Thüringen vom 27. Oktober 2019. Außerdem hat die MLPD an der Europawahl vom 26. Mai 2019 teilgenommen.

**4.)**

In Wahrnehmung ihrer Grundrechte auf Meinungsfreiheit gem. Art. 5 GG sowie ihrer Parteienrechte auf Teilnahme an der politischen Willensbildung des Volkes gem. Art. 21 GG hat der Kläger in seiner Eigenschaft als Treuhänder der MLPD Ende 2019 beschlossen, auf dem Vorplatz des Gebäudekomplexes „Horster Mitte“ eine ca. 2,15 Meter hohe Statue des marxistischen Vordenkers, führenden Repräsentanten der sozialistischen Oktoberrevolution in Russland im Jahre 1917 und Mitbegründers der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, des ersten sozialistischen Staates der Welt, Wladimir Iljitsch Lenin, dessen Namen auch Bestandteil des Parteinamens der MLPD ist, aufzustellen.

Der Kläger und Antragsteller hat dieses Vorhaben mit Schreiben vom 20.12.2019 angezeigt. Das Schreiben wurde durch den Mitarbeiter der Klägerin, Herrn Wolfgang Göller, persönlich in den Briefkasten des Referats 63 der Beklagten am 20.12.2019 eingeworfen. Dem Schreiben war eine Beschreibung der Art und Weise der Bauausführung, ein Lageplan sowie ein Foto der Statue beigelegt. Im Schreiben wurde insbesondere die Rechtsansicht des Klägers und Antragstellers zu denkmalrechtlichen Fragen mitgeteilt, wonach diesseits aufgrund Größe, konkretem Standort und Bauausführung keine denkmalrechtlichen Bedenken gesehen werden, insbesondere, was den freien Blick auf die denkmalrechtlich geschützten Fassaden des Gebäudekomplexes betrifft.

**Glaubhaftmachung:** Schreiben vom 20.12.2019 nebst Anlagen; **Anlage 3**

Der Eingang des Schreibens wird seitens der Beklagten bestätigt (vgl. Bescheid vom 19.02.2020, Seite 2, 1. Absatz).

Herrn Wolfgang Göller hatte deshalb am 23.12.2019 beim Referat 63 auch angerufen. Er erreichte dort Frau [REDACTED]. Er erkundigte sich, ob das Schreiben nebst Anlagen angekommen sei, was von dieser ausdrücklich bejaht wurde. Er fragte dann weiterhin, ob es Fragen oder Hinweise gäbe oder ob noch weitere Unterlagen erforderlich seien. Frau [REDACTED] sagte ihm, dass sie die Unterlagen an die zuständigen Sachbearbeiter weiterleiten würde. Sie sagte ihm weiterhin, dass sie diese auch über das Telefongespräch informieren werde und sich diese Sachbearbeiter zurückmelden würden, wenn Bedarf bestehe.

**Glaubhaftmachung:** Eidesstattliche Versicherung des Herrn Wolfgang Göller, **Anlage 4**

Eine Reaktion der Beklagten blieb bis zum 19.02.2020 aus.

**5.)**

Am 18.02.2020 veröffentlichten die örtliche SPD und CDU ablehnende Kommentare zu dem Vorhaben des Klägers bzw. Antragstellers, die u.a. ein Einschreiten der zuständigen Behörden der Beklagten gegen das klägerische Vorhaben einforderten.

**Glaubhaftmachung:** Stellungnahmen der CDU Gelsenkirchen und der SPD Gelsenkirchen; **Anlage 5 a) und 5 b)**

Daraufhin erließ die Beklagte offenbar in großer Eile die angegriffene Ordnungsverfügung vom 19.02.2020, der nicht einmal ein ordnungsgemäße Rechtsmittelbelehrung beigelegt war. Darin verlangt die Beklagte:

*„die Einstellung der Arbeiten zur Aufstellung der 2,15 Meter hohen und 1,3 Tonnen schweren Statue des russischen Politikers Wladimir Iljitsch Lenin in der näheren Umgebung des oben genannten Denkmals mit der Denkmal-Nr. A 310, Inventar-Nr. 396“*

und ordnet zugleich die sofortige Vollziehung dieser Verfügung „im öffentlichen Interesse“ an.

**Glaubhaftmachung:** Ordnungsverfügung vom 19.02.2020, **Anlage 6**

## **II. Zur formellen Rechtswidrigkeit:**

### **1.)**

Die angefochtene Verfügung ist bereits in formeller Hinsicht rechtswidrig, da die nach § 28 I VwVfG NRW erforderliche Anhörung unterlassen wurde. Entgegen der Ansicht der Beklagte liegen die Voraussetzungen für ein Absehen von ihr nach § 28 II Ziffer 1 VwVfG nicht vor.

Dies ergibt sich insbesondere aus folgendem: Das Referat Bauordnung und Bauverwaltung der Beklagten wurde bereits mit Schreiben des Antragstellers vom 20.12.2019, das detaillierte Angaben, insbesondere zu Aufstellungsort und Gestaltung, enthielt, über das beabsichtigte Vorhaben der Aufstellung einer Lenin-Statue in Kenntnis gesetzt.

**Glaubhaftmachung:** Schreiben des Antragstellers an den Antragsgegner vom 20.12.2019  
**Anlage 3**

Hierauf erfolgte keinerlei Reaktion gegenüber dem Antragsteller. Nach den Ausführungen im angefochtenen Bescheid wurde die Untere Denkmalbehörde, die organisatorisch in das Referat 63 - Bauordnung und Bauverwaltung - der Beklagten eingegliedert ist, erst am 18.02.2020 hierüber in Kenntnis gesetzt. Sofern diese das angezeigte Vorhaben für genehmigungspflichtig gehalten haben sollte, wäre sie aufgrund ihrer nach § 25 I VwVfG NRW bestehenden Beratungspflicht verpflichtet gewesen, den Antragsteller umgehend hierüber in Kenntnis zu setzen und dabei insbesondere auf eine Antragstellung hinzuwirken.

### **2.)**

Sofern das Schreiben des Antragstellers vom 20.12.2019 tatsächlich erst am 18.02.2020 bei der Denkmalbehörde eingegangen sein sollte, entlastet das die Beklagten nicht, da diese Verzögerung ausschließlich in ihrer organisatorischen Verantwortung liegt. Bei sachgerechter Behandlung des Vorgangs hätte der Antragsgegner daher rechtzeitig über eine etwaige Genehmigungspflicht informiert und zur Stellung eines entsprechenden Antrages veranlasst werden müssen. Es widerspricht daher eklatant dem auch von der öffentlichen Verwaltung zu beachtenden Grundsatz von Treu und Glauben, wenn sich die Beklagte - nach einer Untätigkeit von zwei Monaten - nunmehr auf Gefahr in Verzug bzw. das Vorliegen öffentlicher Interessen im Sinne des § 28 II Ziffer 1 VwVfG beruft.



### 3.)

Darüber hinaus sprechen gewichtige Anhaltspunkte dafür, dass die Beklagte – im Einklang mit der Rechtslage – nach Eingang des Schreibens vom 20.12.2019 zunächst einmal überhaupt keinen Anlass zum Tätigwerden gegenüber dem Antragsteller gesehen hat, aber in den letzten Tagen durch direkte und willkürliche politische Einflussnahme von Vertretern der CDU in Gelsenkirchen-Horst zu einer Unterbindung der ihr politisch missliebigen Aktion gedrängt wurde.

**Glaubhaftmachung:** Ausdruck des Artikels aus Lokalkompass.de (Gelsenkirchen) vom 18.02.2020, Anlage 4 a)

Im Artikel im Lokalkompass wird unter anderem die Ankündigung des CDU-Vorsitzenden von Gelsenkirchen-Horst, Werner Jansen, wiedergegeben, dieser werde „*alle Hebel im Stadtbezirk West und im Rat der Stadt Gelsenkirchen in Bewegung setzen*“, um das Vorhaben zu verhindern.

Die Abfolge der Ereignisse lässt für den Antragsteller nur den Schluss zu, dass die Untere Denkmalbehörde der Beklagten gezielt aus parteipolitischen und damit sachfremden Motiven heraus kurzfristig für ein Vorgehen gegen den Antragsteller instrumentalisiert worden ist.

### 4.)

Die formelle Rechtswidrigkeit der angefochtenen Verfügung ergibt sich des weiteren auch daraus, dass sich diese nicht auf Einstellung einer von § 27 I DSchG NRW umfassten Maßnahme richtet. Diese Regelung setzt tatbestandlich voraus, dass eine erlaubnispflichtige Handlung ohne die nach dem DSchG NRW erforderliche Erlaubnis vorgenommen wird. Als derartige Handlung kann bei einer am Zweck der Regelung ausgerichteten Auslegung im vorliegenden Fall lediglich das Aufstellen der Statue selbst gelten, nicht bereits die Ausführung von hierzu erforderlichen Vorarbeiten, welche selbst ohne jede Auswirkungen auf das denkmalgeschützte Gebäude bleiben, wie etwa das Gießen eines Fundaments. Insbesondere im Hinblick auf die in Art. 14 I des Grundgesetzes geschützte Dispositionsfreiheit über sein Eigentum stünde es dem Antragsteller daher frei, solche Arbeiten selbst dann ausführen zu lassen, wenn ihm die spätere Aufstellung der Statue – was



hier nicht der Fall ist – bis auf weiteres vollziehbar untersagt werden dürfte.

### III. Materielle Rechtswidrigkeit

#### 1.

Die angegriffene Ordnungsverfügung der Beklagten ist rechtswidrig und verletzt den Kläger in seinen Rechten, da sie auf denkmalrechtliche oder sonstige rechtfertigende Gesichtspunkte nicht gestützt werden kann.

Eine konkrete Rechtsvorschrift, auf die das Verlangen auf „*Einstellung der Arbeiten ... zur Aufstellung der Statue ...*“ gestützt wird, ist in der Ordnungsverfügung nicht angegeben. Die einzige hierfür in Betracht kommende Vorschrift, nämlich § 27 Abs. 1 DSchG NRW, bietet hierfür keine Rechtsgrundlage, da ihre Voraussetzungen nicht vorliegen.

Nach der genannten Vorschrift kann die Denkmalbehörde nach pflichtgemäßem Ermessen von demjenigen, der eine nach dem DSchG erlaubnispflichtige Handlung ohne Erlaubnis durchführt, die sofortige Einstellung der Arbeiten und die Wiederherstellung des bisherigen Zustands verlangen. Allerdings hängt die Rechtmäßigkeit einer solchen Verfügung von der weiteren Voraussetzung ab, dass die formell illegal durchgeführte Maßnahme auch aus materiellrechtlichen Gründen nicht genehmigungsfähig ist (OVG NRW, Urteil vom 03.09.1996, 10 A 1453/92, S. 10). Diese Voraussetzungen liegen hier nicht vor.

#### a)

Vorliegend fehlt es bereits an der formellen Illegalität. Die beabsichtigte Aufstellung der Lenin-Statue ist **nicht** nach § 9 Abs. 1 b) DSchG erlaubnispflichtig, da weder die Größe noch die optische Gestaltung der Statue geeignet sind, das Erscheinungsbild oder die Ausstrahlungskraft der denkmalgeschützten Außenfassade des ehemaligen Sparkassengebäudes zu beeinträchtigen. Dies wird von der Beklagten selbst auch gar nicht behauptet. Sie begründet die angebliche Beeinträchtigung in ihrer Ordnungsverfügung vielmehr damit,

*„dass die Statue erheblich polarisieren und enorme Aufmerksamkeit auf sich ziehen wird. Die mit der Person Wladimir Iljitsch Lenin verbundene politische Gesinnung sowie sein Wirken und Handeln werden gesellschaftlich insgesamt, insbesondere jedoch von den äußersten linken und rechten politischen Lagern, im höchsten Maße*

*diametral wahrgenommen. Aufgrund dieses auffälligen Effekts der Statue ... wird der Blick des Betrachters nicht mehr respektive nicht mehr uneingeschränkt auf das Baudenkmal gerichtet sein. Die Wahrnehmung des Denkmals wird durch die Statue und das damit verbundene extreme politische Statement gravierend gestört.*

*Zudem wird der Wert des Denkmals als Verwaltungsgebäude durch die Statue massiv beeinträchtigt, weil das damit verbundene politische Statement im Widerspruch zu der politischen Neutralität eines öffentlichen Verwaltungsgebäudes steht.“*

Diese von der Beklagten in ihrer Ordnungsverfügung aufgeführten Gesichtspunkte sind sachfremd, vermögen eine Beeinträchtigung des Denkmals nicht zu begründen und stellen darüber hinaus einen **Missbrauch des Denkmalschutzes als Vorwand** zur antikommunistisch motivierten Unterdrückung missliebiger Gesinnungen, Meinungsäußerungen und Symbole dar.

Die sachfremde, offenkundig politische Motivation der Ordnungsverfügung wird bereits durch die oben geschilderte Vorgeschichte belegt. Der Kläger hat das Vorhaben mit Schreiben vom 20.12.2019 frühzeitig dem Referat Bauordnung und Bauverwaltung der Beklagten angezeigt, worauf von dieser über acht Wochen lang keinerlei Reaktion und insbesondere kein Hinweis auf die – angebliche - Erforderlichkeit eines denkmalschutzrechtlichen Erlaubnisantrages erfolgte. Nachdem jedoch am 18.02.2020 CDU und SPD ihre „Verärgerung“, „Wut“ und „Unverständnis“ geäußert und die Beklagte aufgefordert hatten, „diesen Schandfleck zu verhindern“, erließ die Beklagte einen Tag später die streitgegenständliche Ordnungsverfügung.

Die MLPD, die Lenin als Bestandteil ihres Parteinamens trägt und in dem ehemaligen Sparkassengebäude ihre Bundesgeschäftsstelle hat, wird sicherlich nicht weniger „diametral wahrgenommen“ als Lenin selbst. Sie hat im Jahr 2006 vor dem Gebäude eine 3m x 5m große Plakatwand errichtet, auf welcher sie regelmäßig aktuelle politische Statements veröffentlicht und Veranstaltungen ankündigt. Ein aktuelles Foto dieser Plakatwand mit Ankündigung der Politischen Aschermittwochsveranstaltung der MLPD ist beispielhaft als Anlage beigelegt.

#### **Glaubhaftmachung: Foto Plakatwand, Anlage 7**

Diese Plakatwand wurde im Einvernehmen mit der Unteren Denkmalbehörde errichtet und

vom Referat Bauordnung und Bauverwaltung der Beklagten mit Bescheid vom 02.03.2006 genehmigt.

**Glaubhaftmachung:** Schreiben der Unteren Denkmalbehörde der Beklagten vom 01.02.2006, **Anlage 8**

Bescheid des Referats Bauordnung und Bauverwaltung vom 02.03.2006, **Anlage 9**

Des weiteren wird in diesem Zusammenhang auf das Urteil des Verwaltungsgerichts Gelsenkirchen vom 21.02.2008 im Verwaltungsstreitverfahren 16 K 923/06 Bezug genommen und die Beiziehung der Akte beantragt.

Die MLPD, deren verfassungsmäßige Rechte – so die Grundrechte der Art. 5 und 14 GG sowie das Parteienprivileg des Art. 21 Abs. 1 Satz 2 GG – auch dem Kläger als ihrem Vermögenstreuhänder zugute kommen, hat das Recht auf eine angemessene Selbstdarstellung und Werbung für ihre politischen Positionen auch und gerade in der Umgebung ihrer Bundesgeschäftsstelle. Es liegt in der Natur der Sache, dass politische Aussagen und Symbole stets polarisieren und „*diametral wahrgenommen*“ werden. Die generelle Erlaubnispflicht politischer oder weltanschaulicher Statements in der Umgebung von Kulturdenkmalen unter Berufung auf deren evtl. polarisierende Wirkung, wie sie in der Ordnungsverfügung der Beklagten behauptet wird, ist dem Denkmalschutz grundsätzlich fremd und verletzt die o. g. verfassungsmäßigen Rechte des Klägers. Auch den in der Denkmalliste eingetragenen Gründen für die Unterschutzstellung des Gebäudes ist nichts zu entnehmen, was die Annahme rechtfertigen könnte, das Erscheinungsbild des Denkmals könnte durch die Statue beeinträchtigt werden (siehe dazu unten b).

Zu Recht ist dem Kläger daher im Jahr 2006 die Errichtung der Plakatwand unter denkmalschutzrechtlichen Gesichtspunkten gestattet worden. Ausweislich des Schreibens der Unteren Denkmalbehörde vom 01.02.2006 unter a) haben dabei nur der Standort und die Höhenlage der Plakatwand eine Rolle gespielt, um dem Betrachter nicht die Sicht auf die denkmalgeschützte Fassade gravierend zu verdecken, **nicht** jedoch die darauf angebrachten Aussagen und Statements. Für die Lenin-Statue kann nichts anderes gelten.

b)



Erst recht liegt keine Beeinträchtigung des „Werts des Denkmals als Verwaltungsgebäude“ vor, weil das mit der Aufstellung der Statue *„verbundene politische Statement im Widerspruch zu der politischen Neutralität eines öffentlichen Verwaltungsgebäude“* stehe. Die Beklagte darf daran erinnert werden, dass die Fassade des Gebäudes und nicht seine Funktion als Verwaltungsgebäude denkmalgeschützt ist, und dass das Gebäude schon längst keine öffentliche Verwaltung mehr beherbergt. Es diente jahrzehntelang als Sparkassengebäude und stand danach leer, bis es im Jahr 2003 der Kläger erwarb und zu einem Dienstleistungszentrum ausbaute, in dem u.a. die Bundesgeschäftsstelle der MLPD ihren Sitz hat. Soll sie etwa dort wieder ausziehen, weil ja auch ihre Anwesenheit *„im Widerspruch zur politischen Neutralität“* des Gebäudes steht? Und wer sollte dann einziehen, der sich nach Meinung der Stadtverwaltung politisch „neutral verhält“? Tatsache ist, dass die Beklagte, die für eine sachgerechte und unvoreingenommene „Neutralität“ bei der Prüfung des Vorgangs verlassen hat und sich im Bescheid die antikommunistischen Vorbehalte von SPD und CDU zu eigen machte.

Wenn die Beklagte die Funktion des Gebäudes als Verwaltungsgebäude hätte erhalten wollen, dann hätte sie es entsprechend nutzen und pflegen müssen, statt es erst leer stehen und verwahrlosen zu lassen und anschließend zu verkaufen.

## 2.)

Doch selbst wenn entgegen der vorstehenden Ansicht eine Erlaubnispflicht für die beabsichtigte Aufstellung der Statue zu bejahen wäre, so hätte der Kläger jedenfalls Anspruch auf deren Erteilung, d.h. die Maßnahme ist genehmigungsfähig und die angegriffene Ordnungsverfügung daher auch aus diesem Grund nicht rechtmäßig (OVG NRW, Urteil vom 03.09.1996, 10 A 1453/92, S. 10).

In seinem Urteil vom 26.09.2000 (8 A 769/07) hat das OVG NRW zu dieser Frage grundsätzlich folgendes ausgeführt:

*„Nach § 9 Abs. 2 Buchst. a) DSchG muss die Erlaubnis für eine bauliche Veränderung in der engeren Umgebung eines Baudenkmals erteilt werden, wenn Gründe des Denkmalschutzes nicht entgegenstehen. Der für diese Entscheidung maßgebliche gesetzliche Rahmen ist in der Rechtsprechung des erkennenden Gerichts geklärt und erfordert eine gerichtlich überprüfbare Abwägung aller aus Sicht des*



*Denkmalschutzes gegen die Veränderung sprechenden Gründe mit den öffentlichen und privaten Interessen, die für eine solche Genehmigung streiten.*

*Senatsurteil vom 27. Juni 2000 - 8 A 4631/97 -, S. 11ff. des Urteilsabdrucks, m.w.N.*

*Dabei lassen sich die "Gründe des Denkmalschutzes", die die Erteilung der Erlaubnis verhindern können, nicht in abstrakter, auf alle denkbaren Einzelfälle anwendbarer Form benennen, sondern müssen stets aus den Besonderheiten des zur Entscheidung stehenden konkreten Falles abgeleitet werden. Vorzunehmen ist also eine von der Qualität des jeweils zu schützenden Denkmals abhängige Einzelfallprüfung, ob und inwieweit die Schutzzwecke des Denkmalschutzgesetzes durch die in Rede stehende Maßnahme und bezogen auf das konkret betroffene Denkmal gestört oder vereitelt werden könnten.*

*OVG NRW, Urteil vom 3. September 1996 - 10 A 1453/92 -, UA S. 12.*

*Bei dieser Prüfung kommt den Gründen, aus denen ein Objekt unter Schutz gestellt worden ist, besonderes Gewicht zu, da diese Gründe die mit der Unterschutzstellung verbundene Einschränkung der Befugnisse auch der Eigentümer von nicht unter Schutz stehenden baulichen Anlagen in der engeren Umgebung des Denkmals rechtfertigen. Die Erlaubnis nach § 9 Abs. 2 Buchst. a DSchG darf solchen Eigentümern erst dann verweigert werden, wenn Gründe des Denkmalschutzes der Veränderung in der engeren Umgebung des Denkmals "entgegenstehen", also stärkeres Gewicht haben als die für die Veränderung streitenden Interessen. Nicht schon jede geringfügige Beeinträchtigung denkmalrechtlicher Belange kann - im Unterschied zur deutlich niedrigeren Schwelle des § 9 Abs. 1 DSchG - deshalb zur Feststellung der materiellen Illegalität einer formell illegal durchgeführten Maßnahme führen. Anders als bei der Entscheidung über die Unterschutzstellung selbst - die gerade von privaten Interessen unabhängig und allein vom Denkmalwert des betroffenen Objekts abhängig ist - verfolgt § 9 DSchG das Ziel, den Eigentümern von baulichen Anlagen in der engeren Umgebung von Baudenkmälern trotz gewisser Einschränkungen eine Nutzung ihrer baulichen Anlagen im Rahmen des denkmalrechtlich Vertretbaren zu ermöglichen.“ (Rz. 47-51)*

Die im Eintragungstext in die Denkmalliste angegebenen Gründe, aus denen das ehemalige Sparkassengebäude unter Denkmalschutz gestellt wurde (zitiert auf Seite 2 der Ordnungsverfügung), beziehen sich ausschließlich auf dessen Architektur und stehen in

keinerlei politischem oder weltanschaulichem Kontext. Aus ihnen ist daher absolut nichts zu entnehmen, was die Annahme rechtfertigen könnte, Gründe des Denkmalschutzes würden einer Erlaubnis zur Aufstellung der Lenin-Statue entgegenstehen.

3.)

Die Untersagung ist offen antikommunistisch motiviert und somit nach eigenem Vorbringen der Beklagten durch sachfremde Erwägungen motiviert; es ist offensichtlich der Versuch der Unterdrückung missliebiger politischer Meinungen (Verstoß gegen Art. 5 GG)

Mit dem Bescheid wird auch unmittelbar in Grundrechte des Antragstellers und der MLPD eingegriffen.

Die Lenin-Statue wird auf einem Grundstück aufgestellt, welches im Eigentum des Antragstellers als Treuhänder der MLPD steht.

Im Deutschen Historischen Museum in Berlin steht am Eingang eine überlebensgroße Figur von Lenin. Auch hier gab es vielfältige Versuche zu erreichen, dass diese Lenin-Statue entfernt wird. Zur Reaktion des Museums heißt es bei der Berliner Zeitung:

*„Der große Lenin fällt ins Auge, denn die anderen Figuren im Foyer des Zeughauses sind unscheinbarer. Weshalb wird die Deutsche Geschichte mit einer Lenin-Figur eröffnet? (Hervorhebung im Original) Die Sprecherin des Museums, Daniela Lange, erklärt es so: ‚Die Sammlungsgeschichte des Lenin-Denkmal verdeutlicht die wechselvolle politische Geschichte des 20. Jahrhunderts.‘ Das Denkmal wurde 1925 in Russland gegossen und 1943 von der Wehrmacht zum Einschmelzen nach Eisleben gebracht. Es wurde dann doch nicht eingeschmolzen und in der DDR aufgestellt. 1991 baute man es wieder ab und verlieh es an das Museum in Berlin. Das ist sicherlich eine interessante Geschichte, aber rechtfertigt sie, dass der Lenin dort steht? Ja, sagt die Sprecherin, Lenin sei ‚nicht nur eine Persönlichkeit von welthistorischer Bedeutung‘, er verbinde sich auch ‚mit der deutschen und europäischen Geschichte in besonderer Weise, insofern die Oktoberrevolution epochale Veränderungen im politischen und mentalen Haushalt der europäischen Staaten hinterlassen hat.‘“ (<https://www.bz-berlin.de/berlin/kolumne/warum-steht-im-zeughaus-am-eingang-eine-grosse-lenin-figur>)*

Ein weiteres Lenin-Denkmal befindet sich in Berlin auf einem Grundstück, welches sich im Privateigentum befindet und zu der es auf der für den Tourismus eingerichteten website Tipp-berlin unter der Rubrik 100 Jahre Oktoberrevolution in Berlin heißt (<https://www.tipp-berlin.de/100-jahre-oktoberrevolution/>):

*„Seit 2002 thronte die Lenin-Statue in Kreuzberg auf dem Hof von Zapf Umzüge. Dieses Jahr wurde sie, zwei Jahre nach dem Umzug der Firma nach Neukölln, auf dem Werkhof aufgestellt. Der legendäre Brausebartträger Klaus Zapf, 2014 verstorben, soll sie 2002 von einem Kunsthändler bekommen haben. Dieser hatte den Lenin nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion bei abziehenden Truppen der Roten Armee beschafft. Lenin-Artefakte wurden damals eher verbuddelt als versilbert. Also stellte Zapf den Lenin kurzerhand bei sich auf.“*

In Berlin erinnern noch weitere Denkmäler an Lenin. So findet sich an einem Gebäude, in dem sich das frühere Lokal Spitzig in der Frankfurter Allee 193 Ecke Kronprinzenstraße (heute Jessnerstraße) befand, eine Erinnerungtafel, auf der es zusammen mit einem Bild von Lenin heißt: „IN DIESEM GEBÄUDE NAHM W. I. LENIN IM AUGUST 1895 AN EINER ARBEITERVERSAMMLUNG TEIL.“

Lenin hatte 1895 einen kurzen Studienaufenthalt in Berlin verbracht. In Erinnerung daran wurde das Rundbogenfenster mit dem Titel „*Lenin in Deutschland*“ von Frank Glaser angefertigt. Dieses Rundbogenfenster kann heute noch in der Juristischen Fakultät, dem früheren Gebäude der Universitätsbibliothek besichtigt werden. (<https://www.international.hu-berlin.de/de/historischer-kalender/1895-lenin-an-der-berliner-universitaet>)

Der Deutschlandfunk berichtet dazu:

*„Ein buntes Glasfenster in der Jura-Bibliothek der Humboldt Universität in Berlin-Mitte zeigt Lenin studierend und im Gespräch mit Arbeitern und Soldaten. Das Fenster und weckt immer wieder Interesse, sagt eine Studentin in der Bibliothek: ‚Ja es kommen viele Leute vom Bebelplatz hoch und schauen sich das Glasfenster an...‘“* ([https://www.deutschlandfunkkultur.de/denkmaeler-in-berlin-auf-der-suche-nach-lenin.1001.de.html?dram:article\\_id=397374](https://www.deutschlandfunkkultur.de/denkmaeler-in-berlin-auf-der-suche-nach-lenin.1001.de.html?dram:article_id=397374))



Die Vorsitzende der MLPD – Frau Gabi Fechtner – erklärte u. a. zur Aufstellung der Statue auf dem Grundstück, welches sich im Eigentum des Treuhändervereins der MLPD befindet:

*"Mancher mag das als Provokation verstehen, andere als mutiges Zeichen gegen die Rechtsentwicklung. Wie so vieles in der derzeitigen gesellschaftlichen Diskussion wird dieses Ereignis polarisieren. Wir begrüßen und wollen gerade eine breite Diskussion über Fragen, die in den bürgerlichen Medien oft tabu sind: gegen den Antikommunismus, über die Verdienste Lenins und den sozialistischen Aufbau in der Sowjetunion und ebenso über die Schlussfolgerungen, die aus dem Verrat am Sozialismus und aus Verbrechen in seinem Namen zu ziehen sind."*

Das vom Oberbürgermeister der Stadt Gelsenkirchen auf parteipolitischen Druck von CDU und SPD ausgesprochene Verbot stellt im groben Maße einen Verstoß gegen Art. 14 I. GG dar.

Beim Verbot und seiner Begründung handelt es sich weiterhin um eine weitgehende Diskriminierung der MLPD und ihrer Mitglieder. Mit den Formulierungen im Bescheid wird darauf abgestellt, dass eine Beeinträchtigung des Denkmalschutzes in der Person, Gesinnung und dem politischen Wirken von Lenin bestehen solle. Weil dieser in der Öffentlichkeit und gesellschaftlich als „diametral wahrgenommen“ werde, könne ein Blick eines Betrachters nicht mehr uneingeschränkt auf das Baudenkmal gerichtet werden. Damit wird aber der Denkmalschutz als Vorwand und Instrument zur Unterdrückung missliebiger Gesinnungen missbraucht. Im Kern wird damit die politische Gesinnung, die politische Einstellung von Menschen aus antikommunistischen Motiven sanktioniert. Das ist unter keinem Gesichtspunkt zulässig. Es widerspricht sowohl der Verfassung wie internationalem Völkerrecht, wenn Sanktionen in der Gesetzgebung, Rechtsprechung oder Praxis öffentlicher Einrichtungen auf die missliebige Gesinnung abstellen. Insbesondere verstößt es gegen **Art. 3 Absatz 3 GG**, wonach niemand wegen „seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden“ darf.

Lenin steht für den Sozialismus/Kommunismus. Sein Name ist Bestandteil des Parteinamens der MLPD. Verbote revolutionärer, kommunistischer Symbole sind in der Geschichte aus dem Hitlerfaschismus bekannt. Auch gegenwärtig sind Symbole und Denkmäler, die für den Kommunismus stehen, von faschistischen, faschistoiden und ultrareaktionären Regierungen



verboten bzw. werden Revolutionäre deshalb mit massiver Repression verfolgt, so in der Türkei oder dem Iran.

Die Ausführungen im Bescheid stellen auch Entgleisungen dar, so wenn es im Bescheid heißt:

*„Zudem wird der Wert des Denkmals als Verwaltungsgebäude durch die Statue massiv beeinträchtigt, weil das damit verbundene ... politische Statement im Widerspruch zu der politischen Neutralität eines öffentlichen Verwaltungsgebäudes steht.“*

Das Gebäude ist denkmalgeschützt und nicht seine Funktion als Verwaltungsgebäude. Es ist schon längst kein Verwaltungsgebäude mehr, sondern seit 17 Jahren ein Dienstleistungszentrum, in dem unter anderem die Bundesgeschäftsstelle der MLPD ihren Sitz hat und maßgeblich dafür gesorgt hat, dass das Denkmal erhalten wird. Vor dem Hintergrund der Rechtsentwicklung mit dem faschistischen Anschlag in Hanau als gegenwärtigen Höhepunkt ist es im Übrigen infam, wenn seitens der Stadtverwaltung der unsäglichen unwissenschaftlichen Totalitarismustheorie gefolgt wird und mit dem Verbot der Lenin-Statue offensichtlich der Hauptstoß gegen den Kommunismus und Marxismus-Leninismus gerichtet, rechts und links gleichgesetzt und dem Antikommunismus als weltanschauliche Rechtfertigung des Faschismus eine Berechtigung eingeräumt wird.

Das Aufstellen des Denkmals ist dagegen auch ein Signal gegen Rassismus, Faschismus und Antikommunismus. Die feierliche Aufstellung der Lenin-Statue in Gelsenkirchen-Horst am 14.03.2020 steht im Zusammenhang mit der bundesweiten Bewegung *„Gib Antikommunismus keine Chance!“* Sie wird auch Teil der Feierlichkeiten zu *„100 Jahre Rote Ruhr Armee“* sein. Nicht weit entfernt vom Ort der Lenin-Statue findet sich auch das Denkmal an die Gefallenen der Roten Ruhrarmee auf dem Friedhof Horst-Süd. Im zeitlichen Zusammenhang mit dem Aufstellen des Denkmals findet dort die jährliche Gedenkfeier für die gefallenen und ermordeten Kämpfer der Roten Ruhrarmee 1920 gegen die Errichtung einer faschistischen Militärdiktatur statt. Auch in Gelsenkirchen-Horst, damals noch selbständige Gemeinde, forderten die Arbeiter auf dem Rathausvorplatz Waffen und die Übergabe der Verwaltung in Arbeiterhand. Der Roten Ruhrarmee, die mit Lenin eng verbunden war, war es vor allem zu verdanken, dass dieser faschistische Anschlag zurückgeschlagen wurde. Die damalige SPD-Führung fiel aus Angst vor einer sozialistischen Revolution den Arbeitern in den Rücken und zerschlug mit Hilfe der faschistischen Freikorps,

die zuvor den Putsch unterstützten, jetzt die Rote Ruhrarmee, was dazu führte, dass viele der Kämpfer getötet wurden, woran auch das Mahnmal auf dem Horster Friedhof erinnert.

Das Verbot verstößt so gegen Art. 3 III GG, Art. 5 I GG, Art. 14 I GG und Art. 2 I GG. Dies gilt sowohl für das Recht des Antragstellers und der MLPD, mit dem Aufstellen der Statue, ihre Weltanschauung zu äußern, wie das Recht der Bürgerinnen und Bürger, sich zu informieren oder auch nicht. Das durch den Oberbürgermeister der Stadt Gelsenkirchen verhängte Verbot bedeutet eine unmittelbare Zensur. Auch die Behörden der Stadt Gelsenkirchen unterliegen dem Grundgesetz. Auch deshalb ist der Bescheid rechtswidrig.

#### **IV. Zur Güterabwägung im Eilverfahren:**

Die vorzunehmende Abwägung der widerstreitenden Rechtsgüter muss nach dem vorstehend Ausgeführten bereits aufgrund der offensichtlichen Rechtswidrigkeit der angefochtenen Verfügung zugunsten des Antragstellers ausgehen.

Sofern das Gericht gleichwohl nicht von einer offensichtlichen Rechtswidrigkeit der angefochtenen Verfügung ausgehen sollte, müsste eine Rechtsgüterabwägung im einzelnen zum selben Ergebnis führen. Einer nicht feststellbaren Einwirkung auf die denkmalgeschützten Teile des Bauwerks An der Rennbahn 2/Schmalhorststraße 1, Gelsenkirchen-Horst, im Fall der vorgesehenen Aufstellung der Lenin-Statue am 14.03.2020, würde ein erheblicher Eingriff in die verfassungsmäßigen Rechte der MLPD, deren Rechte der Antragsteller treuhänderisch wahrnimmt, an der Nutzung des Hausgrundstücks aus Art. 14 I des Grundgesetzes, der Meinungsäußerung aus Art. 5 I des Grundgesetzes, insbesondere aber ihrer Rechte als politische Partei aus Art. 21 I des Grundgesetzes entgegen stehen, wenn diese für die Dauer des Hauptsacheverfahrens untersagt bleiben sollte.

Ein Abwarten der Entscheidung im Hauptsacheverfahren wäre für den Antragsteller insbesondere deshalb mit unverhältnismäßigen Nachteilen verbunden, weil die Aufstellung der Lenin-Statue gerade am 14.03.2020 untrennbarer Bestandteil der Feierlichkeiten der MLPD zu „100 Jahre Rote Ruhrarmee“ ist, die an diesem Wochenende in zahlreichen Ruhrgebietsstädten, unter anderem in Gelsenkirchen, stattfinden werden. Wie bereits erwähnt, begann am 14.03.1920 ein Generalstreik der deutschen Arbeiterschaft und der anschließende bewaffnete Kampf von ca. 100.000 Arbeitern gegen den faschistischen Putschversuch von Kapp und General von Lüttwitz. Lenin, Führer der erfolgreichen Oktoberrevolution 1917 in

Russland, war Berater für die damals noch jungen kommunistischen Parteien aus vielen Ländern. Zugleich war die Oktoberrevolution Vorbild und Ansporn für den Freiheitskampf der Arbeiterschaft in Europa. Der Person Lenins kommt daher zentrale Bedeutung für diesen Jahrestag zu. Aus dem gemeinsamen Kampf der Arbeiterschaft gegen den faschistischen Putschversuch 1920 über weltanschauliche Grenzen hinweg sind für die Klägerin bzw. die MLPD wichtige Schlussfolgerungen für die antifaschistischen Kampf in der heutigen Situation einer faschistischen Tendenz zu ziehen. Da es das in Art. 21 I des Grundgesetzes garantierte Recht der MLPD als politische Partei ist, in diesem Sinne gerade **zum 100. Jahrestag** des Beginns der antifaschistischen Arbeiterkämpfe im März 1920 zur politischen Willensbildung beizutragen, kann der Aufstellungstermin nicht beliebig von diesem Willensbildungsprozess losgelöst werden und auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden, ohne die politische Meinungsäußerung der MLPD zu diesem Jahrestag eines wesentlichen Elements zu berauben.

Klage und Eilantrag ist von daher stattzugeben.

Rechtsanwalt